

SCHWEIZ

Parteispenden: Fluch oder Segen für die Demokratie?

Abstimmungs- und Wahlkämpfe sind bekanntlich teuer (nicht überall sind Inserate so günstig wie bei Statements). Es ist selbstverständlich, dass Parteien neben den Mitgliederbeiträgen auf weitere Geldquellen angewiesen sind, um im demokratischen Wettkampf bestehen zu können. Wie transparent diese Quellen ausgestaltet werden sollen, ist jedoch ein beliebtes Streitthema, so zum Beispiel zwischen Nationalrätin Natalie Rickli (SVP) und Nationalrat Jean Christophe Schwaab (SP).

«Intransparente und unbegrenzte Polit-Finanzierung: Der Demokratie unwürdig!»

Jean Christophe Schwaab*
Nationalrat (SP/VD)



Parteispenden und Kampagnenfinanzierung sind eines der brisantesten Themen der beginnenden Legislatur. Die BürgerInnen verstehen immer weniger, warum im Gegensatz zu fast allen anderen entwickelten Ländern in der Schweiz die Partei- und Kampagnenfinanzierung nicht transparent ist. Verlangt sind gleich lange Spiesse in der demokratischen Auseinandersetzung.

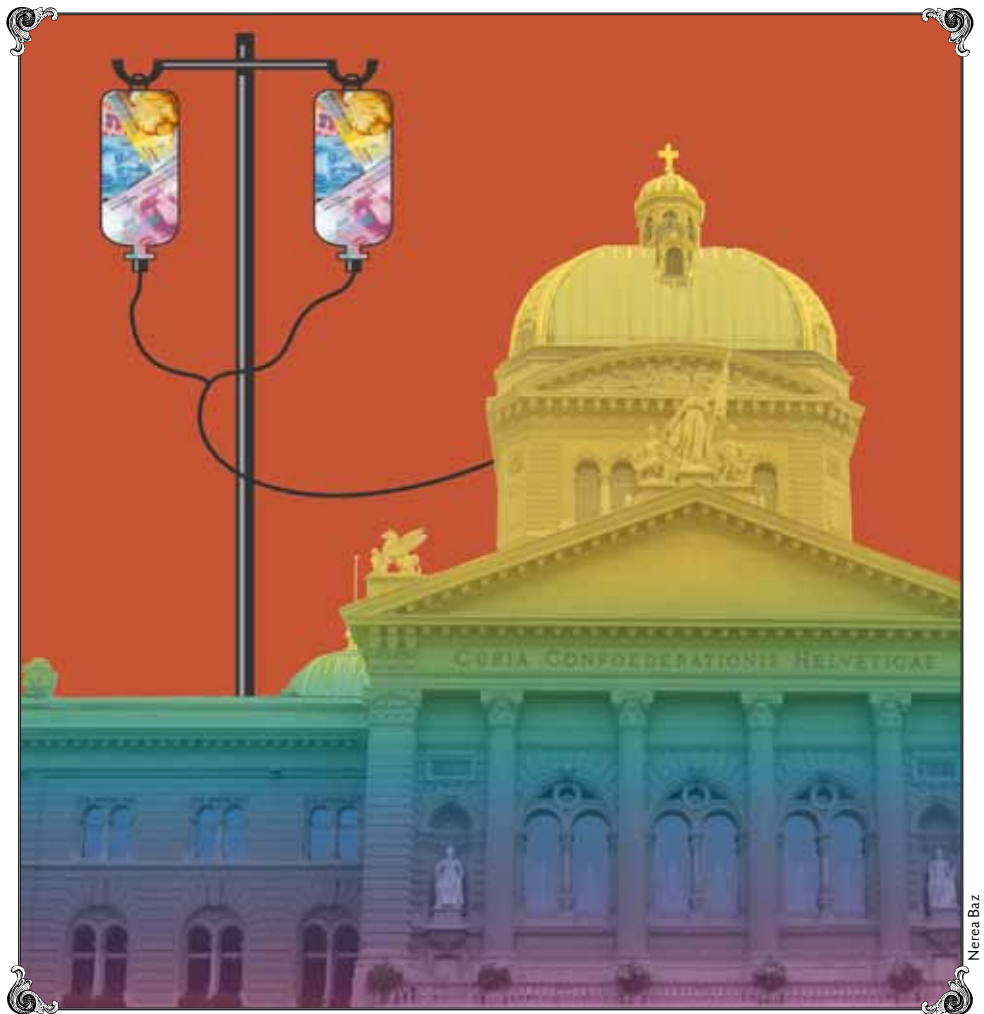
“ Die Bürger haben das Recht, zu wissen, wer mit wie viel Geld welche Kampagne finanziert. Nur so können sie wissen, wer welche Interessen tatsächlich vertritt ”

Immer häufiger gibt es Abstimmungs- und Wahlkämpfe, bei denen ein Lager über 5, 10 oder sogar 20 Mal mehr Kampagnenmittel als die Gegenseite verfügt. Dass das reichste Lager häufig obsiegt, ist deshalb nicht erstaunlich. Zum Glück nicht immer, aber immer häufiger. In solchen Fällen kann man nicht mehr von einem Kampf der besten Argumente sprechen. Vielmehr kauft sich eine Seite den Abstimmungssieg ein.

Parteifinanzierung aus Schwarzgeld?

Zudem herrscht Intransparenz über die investierten Summen und vor allem über ihre Herkunft. Erfährt man z. B., dass die SVP „Spenden“ von mehreren 100'000 Franken in Bargeld bezogen hat, welches wie in allen Spionage-Movies in Koffern transportiert worden ist, gibt es Unbehagen über den Zustand unserer Demokratie. Wurden die Millionenkampagnen der grössten Schweizer Partei mit Schwarzgeldern bezahlt?

Die Gegner der Transparenz und der Gleichheit im Abstimmungskampf behaupten zwar regelmässig, dass eine Kampagne



sich nicht allein mit Geld gewinnen lässt. Das trifft zum Teil zu. Zum Beispiel konnten die Privatversicherer und die bürgerli-

*Jean Christophe Schwaab | **PARTEI:** SP | **AMT:** Nationalrat, Gemeinderat (Legislative) | **KANTON:** Waadt | **BERUF:** Gewerkschafter, Jurist | **PERSON, MIT DER ICH GERNE MAL ZNACHT GEGESSEN HÄTTE:** Jean Jaurès | **ORT, AN DEN ICH GERNE REISEN WÜRDTE:** Hokkaido (Nord von Japan) | **DAS NERVT MICH:** Willkür.
www.schwaab.ch

chen Parteien die Volksabstimmung über die Senkung des Umwandlungssatzes nicht gewinnen, obwohl ihr Kampagnenbudget das 20-fache desjenigen der Gegner ausmachte. Es gibt aber einen einfachen Grund, der beweist, dass Geld tatsächlich Einfluss hat: Es sind die Wirtschaftsverbände, die Millionen in Abstimmungskämpfen „investieren“. Diese Leute gelten als vernünftig. Es sind nämlich Unternehmer, CEO, Verwaltungsräte, usw. Wenn es nichts nützen würde, wenn sie nicht mit einem return on investment rechnen könnten, würden sie nicht so viel Geld durchs Fenster werfen! Jeder, der irgendeine politische Kampagne

geführt hat, weiss nämlich, dass gute Argumente nicht ausreichen, wenn man sie nicht bekannt machen kann. Und dafür ist Geld nützlich. Sogar nötig.

Her mit der Transparenz!

Nun soll endlich Ordnung im Stall eingeführt werden. Die Bürger haben das Recht, zu wissen, wer mit wie viel Geld welche Kampagne finanziert. Nur so können sie wissen, wer welche Interessen tatsächlich vertritt. Denn wer zahlt, befiehlt. Zudem sollen alle Abstimmungs- und Wahlkampfbudgets sowie die Spendenbeträge begrenzt werden. Nur so spielen in der demokratischen Debatte wieder die Argumente und nicht das Portemonnaie die Hauptrolle.

Und schliesslich soll die Debatte über eine öffentliche Finanzierung der Parteien geführt werden. Solange die Parteien und die Kandidierenden von Mäzenen finanziell abhängig sind, gibt es die Gefahr, dass ihre Positionen und ihr Stimmverhalten nicht den eigenen Grundwerten entsprechen, sondern denjenigen des Geldgebers. §

«Die Forderungen nach mehr Transparenz sind abzulehnen.»



Natalie Rickli*
Nationalrätin (SVP/ZH)

Bei der Diskussion über Parteispenden und Transparenz geht es eigentlich um eine ganz andere Frage: Soll die Schweiz das Milizsystem und die direkte Demokratie behalten oder wollen wir Berufspolitiker wie in Deutschland oder Italien?

Bewährtes Milizsystem

Die Schweiz hat mit dem Milizsystem und der direkten Demokratie gute Erfahrungen gemacht. Die meisten politischen Ämter in der Schweiz werden nebenamtlich wahrgenommen, was Synergien schafft. Dank der direkten Demokratie haben Gemeinden und Kantone nach wie vor viele Kompetenzen. Dies sorgt für geordnete Verhältnisse und attraktive Rahmenbedingungen.

“ Jeder Parlamentarier
ist eigentlich ein Lobbyist,
denn in unserem System
gehen die Mitglieder
der Bundesversammlung
einer beruflichen
Erwerbstätigkeit nach ”

Zur direkten Demokratie gehört der enge Austausch zwischen Wirtschaft und Politik. Die Unternehmen und Verbände sind Teil der demokratischen Abläufe: Sie werden zu Vernehmlassungsverfahren eingeladen und können ihre Ansichten direkt einbringen. Jeder Parlamentarier ist eigentlich ein Lobbyist, denn in unserem System gehen die Mitglieder der Bundesversammlung einer beruflichen Erwerbstätigkeit nach. Dass sie sich für die Interessen ihrer Branche einsetzen, ist selbstverständlich – und auch transparent. So ist das Schweizer Milizsystem unter dem Strich viel transparenter als das der anderen europäischen Länder.

Schutz der Privatsphäre

Zum Milizsystem und zur direkten Demokratie gehört auch das Recht, Parteien, Politiker oder Komitees finanziell zu unterstützen. Auch dies ist ein Volksrecht. Der Entscheid, wem man

eine Spende zukommen lassen möchte, ist ein privater Entscheid, der niemanden etwas angeht. Das ist auch richtig so, denn die Parteien sind private Vereine – und nicht etwa Staatsorgane oder öffentliche Körperschaften. Aus diesem Grund müssen sie auch völlig frei sein, was die Finanzierung anbelangt. Eine staatliche Parteienfinanzierung würde die Parteien in eine gefährliche Abhängigkeit bringen und den Wählerwillen verfälschen.

Untaugliche Transparenzvorschriften

Transparenzgesetze taugen nicht viel – das zeigt die Erfahrung unserer Nachbarländer. Solche Gesetze schaffen nicht mehr Transparenz, sondern animieren eher dazu, Spenden zu vertuschen. Die Hartnäckigkeit der Forderung nach mehr „Transparenz“ muss vor einem anderen Hintergrund gesehen werden: Den linken Parteien war die direkte Demokratie schon immer ein Dorn im Auge. Sie möchten ein Berufsparlament und eine staatliche Parteienfinanzierung. Der Staat soll die Politik leiten – nicht die Bürger. Darum sind diese Forderungen nach mehr „Transparenz“ entschieden abzulehnen. §

*Natalie Rickli | PARTEI: SVP | AMT: Nationalrätin | KANTON: Zürich | BERUF: Partner Relation Manager / Kadermitglied bei der Goldbach Group mit Sitz in Küsnacht | PERSON, MIT DER ICH GERNE MAL ZNACHT GEGESSEN HÄTTE: Mit den Personen, mit denen ich gerne Znacht esse, habe ich schon gegessen | ORT, AN DEN ICH GERNE REISEN WÜRDE: Überall hin | DAS NERVT MICH: Solche Fragen. www.natalie-rickli.ch

Diskutieren Sie mit auf www.statements.ch

**Wir in
Deutschland
würden
Ja stimmen.**

www.staatsverträge.ch



17. Juni 2012

Ja

**Staatsverträge
vors Volk**